

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Dr. Däubler-Gmelin, Frau Blunck, Bachmaier, Bindig, Brück, Catenhusen, Dr. Diederich (Berlin), Egert, Frau Fuchs (Köln), Frau Fuchs (Verl), Frau Dr. Hartenstein, Dr. Holtz, Frau Huber, Immer (Altenkirchen), Dr. Kübler, Kuhlwein, Frau Dr. Lepsius, Frau Luuk, Frau Dr. Martiny, Frau Matthäus-Maier, Müller (Düsseldorf), Frau Odendahl, Peter (Kassel), Frau Renger, Frau Schmedt (Lengerich), Frau Schmidt (Nürnberg), Schluckebier, Frau Simonis, Dr. Soell, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Frau Steinhauer, Stiegler, Frau Terborg, Frau Dr. Timm, Frau Traupe, Frau Weyel, Wolfram (Recklinghausen), Frau Zutt, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

zum Bericht der Bundesregierung über die Weltfrauenkonferenz in Nairobi — Drucksache 10/3888 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Förderung von Frauen und Berücksichtigung ihrer Belange im Rahmen von Entwicklungsprojekten

1.1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, als ersten Schritt für das von ihr erklärte Ziel

„... solche Sektoren bevorzugt (zu fördern), die auch dazu geeignet sind, die Situation von Frauen zu fördern...“

im zuständigen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bis zum 30. Juni 1987 eine beim Minister direkt angesiedelte Frauenbeauftragte mit folgendem Aufgabengebiet einzusetzen:

- Berücksichtigung von Fraueninteressen bei der Planung, Durchführung und Evaluierung von Entwicklungsmaßnahmen;
- Überprüfung der Referatsvorlagen auf Aspekte von Frauenbelangen in Entwicklungsprojekten;
- Vergabe von Forschungsaufträgen zum Thema „kurz- und langfristige Auswirkungen von Entwicklungsprojekten auf die Lebenssituation von Frauen in den entsprechenden Ländern“;
- Organisation von Fortbildungskursen, die das Problembewußtsein von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen des Ministeriums für Belange von Frauen in der Dritten Welt schärfen;

- 1.2 Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, durch gezielte Frauenförderungsmaßnahmen dazu beizutragen, daß der Frauenanteil vor allem in Entscheidungsfunktionen staatlicher Entwicklungsorganisationen beträchtlich erhöht wird.
- 1.3 Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß – entsprechend den „OECD-Leitlinien für die Entwicklungsstellen zur Förderung der Beteiligung der Frauen am Entwicklungsprozeß“ vom 28. November 1983 – bei den den Regierungsverhandlungen vorausgehenden Konsultationen über Projekte und andere entwicklungspolitische Maßnahmen jeweils die örtlichen Frauenverbände zur Beratung und Mitwirkung hinzugezogen werden.
- 1.4 Dem Deutschen Bundestag ist über die Umsetzung der weiteren Einzelziele dieser Leitlinien bis zum 31. Dezember 1987 Bericht zu erstatten.
- 1.5 Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, die Mittel für Pilotprojekte zur Förderung von Frauen wieder mindestens auf den Mittelansatz von 4,5 Mio. DM in 1980/81 sowie die Zahl der unterstützten Frauenprojekte (1984: ca. 25 von insgesamt 1 500) beträchtlich zu erhöhen.

2. Nachbereitung der Weltfrauenkonferenz

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag den Bericht der nichtstaatlichen Organisationen zur Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi unverzüglich zuzuleiten.

3. Vorbereitung der nächsten Weltfrauenkonferenz

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß zur nächsten Weltfrauenkonferenz

- die Mitglieder des nationalen Vorbereitungskomitees nicht nur von der Bundesregierung informiert, sondern aktiv am Ablauf der Vorbereitungen beteiligt werden;
- Die Pluralität der bundesdeutschen Frauenbewegung in der Zusammensetzung der offiziellen Regierungsdelegation zum Ausdruck kommt; zumindest aber den Vertreterinnen der unterschiedlichsten Frauenorganisationen die Teilnahme am NGO-Forum ermöglicht wird;
- den Mitgliedern der bundesdeutschen NGO-Delegation, einschließlich den Vertreterinnen des Deutschen Bundestages, zumindest der Status von Beobachterinnen eingeräumt wird;
- eine repräsentative Darstellung der sozialen und kulturellen Vielfalt unseres Landes, insbesondere der sozialen, kulturellen und ökonomischen Leistungen von Frauen gewährleistet ist.

Bonn, den 9. Dezember 1986

Frau Dr. Däubler-Gmelin	Müller (Düsseldorf)
Frau Blunck	Frau Odendahl
Bachmaier	Peter (Kassel)
Bindig	Frau Renger
Brück	Frau Schmedt (Lengerich)
Catenhusen	Frau Schmidt (Nürnberg)
Dr. Diederich (Berlin)	Schluckebier
Egert	Frau Simonis
Frau Fuchs (Köln)	Dr. Soell
Frau Fuchs (Verl)	Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Frau Dr. Hartenstein	Frau Steinhauer
Dr. Holtz	Stiegler
Frau Huber	Frau Terborg
Immer (Altenkirchen)	Frau Dr. Timm
Dr. Kübler	Frau Traupe
Kuhlwein	Frau Weyel
Frau Dr. Lepsius	Wolfram (Recklinghausen)
Frau Luuk	Frau Zutt
Frau Dr. Martiny	Dr. Vogel und Fraktion
Frau Matthäus-Maier	

Begründung

Der geringe politische Stellenwert, den die Dritte Weltfrauenkonferenz in Nairobi bei der Bundesregierung einnahm, korrespondiert mit dem Stellenwert von Frauenprojekten in der Entwicklungspolitik der Bundesregierung: So wurde das ehemalige Frauenreferat im BMZ aufgelöst; der Mittelansatz für Pilotprojekte zur Förderung von Frauen wurde von ursprünglich 4,5 Mio. DM in 1980/81 auf 1,8 Mio. DM in 1985 gekürzt. Die Anstrengungen seitens der Bundesregierung zur Förderung von Frauen in der Dritten Welt stehen in keinem Verhältnis zu Forschungsergebnissen, die übereinstimmend eine zunehmende Verschlechterung der Situation von Frauen in der Dritten Welt belegen.

Bei der eigentlichen Weltfrauenkonferenz in Nairobi hat die Bundesregierung – anders als unser Nachbar Frankreich – die Gelegenheit nicht genutzt, durch ein repräsentatives Rahmenprogramm die Bundesrepublik Deutschland in ihrer sozialen und kulturellen Vielfalt, insbesondere die kulturellen Leistungen sowie die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen vorzustellen und den ca. 13 000 teilnehmenden Frauen aus aller Welt näherzubringen.

Während andere europäische Länder im Zentrum der Konferenz repräsentative Literaturtische präsentierten, schaffte es die Bundesregierung nur, weltanschaulich ausgewählte und einseitige Broschüren in einem abgelegenen Hotel zu präsentieren.

Weder genossenschaftliche noch protestantisch-kirchliche, noch parteipolitisch umfassende, noch autonome Frauenliteratur war vertreten. Auch Frauenzeitschriften und Frauenzeitungen fehlten.

Die Reihe der Pannen setzte sich fort:

Erst zwei Tage vor Beendigung der Weltfrauenkonferenz konnte die Ausstellung der Berliner Künstlerin Sarah Schumann eröffnet werden; aufgrund verspäteter und mangelhafter Vorbereitung mußte die Ausstellung in einem nach Lichtverhältnissen, Größe und Zugänglichkeit ungeeignetem Leseraum des Goethe-Instituts Nairobi gezeigt werden.

Auch das an sich erfreulicherweise vorgesehene Forum des Deutschen Frauenfilms, der mittlerweile hohes Ansehen genießt, konnte lediglich in Restbeständen gezeigt werden.

Dem Engagement der Angehörigen und Mitarbeiter der deutschen Botschaft und der deutschen Stiftungen in Nairobi – insbesondere der Friedrich-Ebert-Stiftung ist es zu verdanken, daß einige der Unzulänglichkeiten ausgeglichen werden konnten; sie haben sich in dankenswerter Weise Mühe gegeben, den Mitgliedern der deutschen Delegation das Gastland, seine Probleme und deutsche Entwicklungsprojekte vorzustellen.

Der Bundesregierung ist es – entgegen ihrer Ankündigung – nicht einmal gelungen, wenigstens den Vertreterinnen des Deutschen Bundestages in der deutschen NGO-Delegation den Status von Beobachterinnen zu verschaffen und damit den Zugang zum Konferenzgeschehen zu erleichtern.

Durch diese Pannen ist es versäumt worden, die Lage der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, ihre Probleme und Erfolge, ihr Leben und ihre Schwierigkeiten auch nur in Umrissen darzustellen. Damit zugleich ist die Chance versäumt worden, unser Land den mehr als 13 000 Teilnehmerinnen der Weltfrauenkonferenz nahezubringen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat dies bedauert und bekräftigt ihre Auffassung, daß auf die umfassende Darstellung der Bundesrepublik Deutschland, die zur Mehrung ihres internationalen Ansehens beitragen kann, bei künftigen Weltfrauenkonferenzen nicht verzichtet werden sollte.